

Pressemitteilung

17. Oktober 2023

Umfrage zur finanziellen Lage sozialer Arbeit Wohlfahrtsverbände warnen vor Zusammenbruch sozialer Infrastruktur

Ein Drittel der sozialen Einrichtungen in Hessen musste wegen Geldmangels bereits Angebote und Leistungen für Klient*innen einschränken oder sogar ganz einstellen. Das ist das Ergebnis einer bundesweiten Umfrage von Arbeiterwohlfahrt (AWO), Paritätischem Wohlfahrtsverband und der Diakonie Deutschland. Die Wohlfahrtsverbände warnen vor einer Katastrophe für die soziale Infrastruktur und fordern den Bund auf, von angekündigten Haushaltskürzungen Abstand zu nehmen. Notwendig ist vielmehr ein ambitionierter steuer- und finanzpolitischer Kurswechsel.

„Auch bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen in Hessen muss die Sicherung sozialer Angebote das zentrale Thema sein“, so Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Hessen. „Gerade in Krisenzeiten ist eine stabile soziale Infrastruktur unverzichtbar, auch für den gesellschaftlichen und demokratischen Zusammenhalt.“

In Hessen mussten laut der Umfrage bereits 32,8 Prozent der Organisationen und Einrichtungen Angebote und Leistungen für Klient*innen aus finanziellen Gründen einschränken oder ganz einstellen. 56,7 Prozent der Befragten aus Hessen gehen davon aus, kurzfristig Angebote und Leistungen reduzieren zu müssen. „Neben dem drohenden Kahlschlag auf Bundesebene ist zu befürchten, dass in Hessen viele Kommunen den Rotstift im sozialen Bereich ansetzen werden“, sagt Kristina Nottbohm, Referentin für Grundsatzfragen beim Paritätischen Hessen. „Dies ist eine weitere Gefahr für die soziale Daseinsvorsorge.“

Die gemeinnützigen Organisationen und Einrichtungen aus dem gesamten Spektrum sozialer Arbeit, die an der bundesweiten Umfrage teilgenommen haben, verzeichnen durchschnittlich eine Kostensteigerung um 16 Prozent seit Anfang 2022. Fast jede dritte befragte Einrichtung musste zur Kompensation Personal abbauen bzw. plant Entlassungen. Die Möglichkeit, Kostensteigerungen durch höhere Beiträge für Nutzer*innen auszugleichen, scheint weitgehend ausgereizt. Laut der Problemanzeigen aus der Praxis können sich viele, die besonders auf Unterstützung angewiesen sind, Angebote inzwischen nicht mehr leisten, es kommt zu Unterversorgungslagen und neuen Ausschlüssen.

Die teilstandardisierte Online-Umfrage fand im Zeitraum vom 29. September bis zum 10. Oktober 2023 statt. Der Rücklauf von 2772 validen Fragebögen war trotz der Kurzfristigkeit groß. Insgesamt sind in den teilnehmenden Organisationen/Einrichtungen mehr als 261.721 Menschen beschäftigt. Im Tagesdurchschnitt werden durch die befragten Organisationen/Einrichtungen insgesamt rund 377.112 Menschen beraten, betreut oder versorgt. Aus Hessen nahmen 239 Organisationen an der Umfrage teil.

Hinweis: Unsere Forderungen an die künftige hessische Landesregierung finden Sie [unter diesem Link](#).

Ansprechpersonen beim Paritätischen Hessen:

Kristina Nottbohm

Referentin für Grundsatzfragen

Telefon: 069 955262-11

E-Mail: kristina.nottbohm@paritaet-hessen.org

Sören Hense

Referent Wirtschaft

Tel.: 069 955 262-19

E-Mail: soeren.hense@paritaet-hessen.org

Der Paritätische Hessen ist der Spitzenverband von mehr als 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslösenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 57.000 hauptamtliche und 35.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

Der Paritätische Hessen vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.